



ΓΕΡΜΑΝΙΚΗ ΑΡΙΣΤΕΡΑ

Ερώτηση για την ελάφρυνση του χρέους στη Μέρκελ

Η «Εφ.Συν.» εξασφάλισε την ερώτηση των βουλευτών του Die Linke και παρουσιάζει τα σκληρά ζητήματα που θέτει η Αριστερά για το παρασκήνιο των συζητήσεων με το ΔΝΤ και τις ιδιωτικοποιήσεις στην Ελλάδα. **ΣΕΛ. 7**



ΔΙΑΠΡΑΓΜΑΤΕΥΣΗ Υποδοχή Ομπάμα με... κουαρτέτο

Αιφνιδιαστικά άλλαξε ο προγραμματισμός των συζητήσεων με τους δανειστές, οι οποίες ξεκινούν το πρωί την ώρα που η κυβέρνηση θα υποδέχεται τον Αμερικανό πρόεδρο. Ισχυρό χαρτί του οικονομικού επιτελείου το πλεόνασμα των 6,5 δισ. ευρώ, ενώ σε πρώτο πλάνο είναι τα εργασιακά. **ΣΕΛ. 24-25**

ΚΥΡΙΑΚΟΣ ΜΗΤΣΟΤΑΚΗΣ:

- Είναι αντισυστημικός ο Τραμπ, όπως είμαι και εγώ
 - Δεν συμφωνώ με τον διαχωρισμό Κράτους-Εκκλησίας
- ΣΕΛ. 5**



DEUTSCHE LINKE

Fragen über die Schuldenerleichterung an Merkel

Der Zeitung der Redakteure liegt eine Anfrage von Abgeordneten der LINKEN vor und sie stellt heute die unbequemen Fragen vor, welche die Linke über den Hintergrund der Gespräche mit dem IWF und die Privatisierungen in Griechenland stellt. **AUF SEITE 7**

schlüsse der Eurogruppe vom 24. Mai 2016 über „einige Vorfestlegungen zu Schuldenerleichterungen“ erinnern. In Bezug auf den IWF wird in der Frage bemerkt: „[seine] Beteiligung am dritten Finanzhilfeprogramm ist demnach nach wie vor nicht gesichert“, da der Fonds das Ziel eines mittelfristigen Primärüberschusses von 3,5 Prozent des BIP für „höchst unwahrscheinlich“ halte. Die Abgeordneten beziehen sich damit auf die Differenzen zwischen IWF und Eurogruppe, da der Fonds seinerseits „bis 2040 einen Bruttofinanzbedarf des griechischen Staats von unter 10 Prozent des BIP für geboten“ halte, die europäischen Partner hingegen „von einem vertretbaren Bruttofinanzbedarf von mittelfristig bis zu 15 Prozent und langfristig bis zu 20 Prozent des BIP“ ausgehen. „Unter diesen Umständen erscheint es rätselhaft, wie das weitere Engagement des IWF sichergestellt werden soll, welches die Bundesregierung ‚für unabdingbar erachtet‘“, fassen die linken deutschen Abgeordneten zusammen. Auf dieser Grundlage formulieren sie 19 Fragen an die Regierung Merkel. Unter anderem fragen sie, ob „die Bundesregierung weiter daran festhält, den IWF am dritten Finanzhilfeprogramm für Griechenland zu beteiligen“, ob zu dieser Beteiligung „auch ein finanzieller Beitrag“ gehöre, aber auch ob die Regierung Deutschlands „eine entsprechende Entscheidung des IWF bis spätestens Anfang 2017“ anstrebe und ob sie bereit sei, „dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen“. Sie fragen ebenfalls, welche Folgen anderweitige Entscheidungen des IWF für das laufende Programm hätten, aber auch ob „die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt der Entscheidung über weitere Schuldenerleichterungen und bestimmten Wahlen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ sehe.

Über die Eurogruppe

Darüber hinaus fragen sie detailliert, welche konkreten Schritte die Bundesregierung seit der Sitzung der Eurogruppe vom 24. Mai 2016 unternommen habe, sie fordern Auskunft darüber, welche Gespräche die Bundesregierung mit Vertretern des IWF geführt habe und mit welchen Vertretern genau, ob die Perspektive einer Erleichterung der griechischen Schulden besprochen wurde, welche Position der Fonds und welche Berlin eingenommen habe, ob sich die Regierung Merkel mit manchen anderen Staaten über die Angelegenheit verständigt habe, aber auch ob der IWF dazu mandatiert sei, eigene Schätzungen und Forschungen über die Entwicklung der griechischen Wirtschaftsdaten vorzunehmen. Ferner fragen die Abgeordneten der LINKEN, ob die deutsche Regierung es für möglich halte, den IWF am Programm zu beteiligen, auch wenn dieser gänzlich andere Prognosen über den Primärüberschuss Griechenlands anstelle. Wichtig ist auch der Teil der Fragen, welcher die Privatisierungen betrifft. Die Bundesregierung wird gefragt, ob sie an Einnahmen in Höhe von 50 Mrd. Euro von den griechischen Privatisierungen festhalte, mit welchen Erlösen davon sie bis 2030 rechne, aber auch „wie viele dieser Erlöse aus Privatisierung und wie viele aus der sonstigen Bewirtschaftung von Staatsvermögen“ stammen.